

Gefällig unterrichtet

Zu den Hilfwilligen für das organisierte Verbrechen der NS-Zeit, die bislang kaum belangt wurden, zählen die Transportbeschaffer der Reichsbahn. Nun steht einer der Todeskärner doch noch vor Gericht.

In den Fahrplänen stand „Da“ oder „Pj“: für „David“ und „Polnische Juden“. Die zwei Buchstaben, vermerkt neben einer Zugnummer, schafften Transportraum für jeweils fünftausend Menschen, bis zu hundert in einen Waggon gepfercht.

Mit solchen Kürzeln markierten Transport-Technokraten der Deutschen Reichsbahn die „Umsiedler-“

nach seinem Haupteinsatz doch noch vor dem Düsseldorfer Schwurgericht: Dr. Albert Ganzenmüller, 68, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium (RVM), preußischer Staatsrat und stellvertretender Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, NSDAP-Mitglied seit 1931, SA-Brigadeführer „ehrenhalber“, Träger des goldenen Parteiabzeichens sowie des Blutordens.

Ganzenmüller, nur um die Jahreswende 1969/70 gut zwei Monate lang in Haft und seither gegen 300 000 Mark Kaution durch Bankbürgschaft in Oberjoch bei Hindelang auf freiem Fuß, ist der Beihilfe zum Mord und zur Freiheitsberaubung im Amt mit teils tödlichem Ausgang angeklagt. Er habe dafür gesorgt, so die Anklageschrift, daß zur „Endlösung der Judenfrage“ der „erforderliche Transportraum seitens der Reichsbahn bereitgestellt wur-

von den Morden und den Freiheitsberaubungen mit Todesfolge hatte“.

Rund drei Millionen Menschen sind per Reichsbahn in den Tod befördert worden. Mindestens 600 000 wurden zwischen Sommer 1942 und Frühjahr 1943 unter Ganzenmüllers Regiment nach Treblinka, Belzec und Sobibor deportiert. Die Sonderzüge forderte durchweg das Reichssicherheitshauptamt beim RVM in Berlin an, das dann den Bedarf über die regionalen Generalbetriebsleitungen deckte.

Die bereitgestellten Waggons hatten durchweg nur kleine, vergiftete Luftklappen und keinen Abort. Sie wurden regelmäßig für die manchmal Tage dauernde Fahrt verplombt wie Stückguttransporte. Wer nicht einsteigen wollte, wurde erschossen. Unterwegs bekamen die Opfer nicht einmal Wasser und Brot. Und die Leichen der Verdursteten blieben bis zum Zielbahnhof im Kot unter den noch Lebenden liegen.

Besonders häufig rollten die Transporte, nachdem Reichsführer Himmler angeordnet hatte, „daß die Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des General-Gouvernements bis zum 31. Dezember 1942 durchgeführt und beendet ist“. Am 16. Juli 1942 rief SS-Obergruppenführer Karl Wolff in Himmlers Auftrag bei Ganzenmüller an und intervenierte wegen beklagenswerter Beförderungsstockungen im Raum Lublin. Und unverzüglich griff der Staatssekretär ein.

Schon zwölf Tage später konnte er Wolff zur „gefälligen Unterrichtung“ eine Meldung der Generaldirektion der Ostbahnen in Krakau zuleiten: „Seit dem 22. 7. fährt täglich ein Zug mit je 5000 Juden von Warschau über Malkinia nach Treblinka, außerdem zweimal wöchentlich ein Zug mit 5000 Juden von Przemysl nach Belzec.“ Wolff dankte so prompt wie „herzlich“ und „auch im Namen des Reichsführers-SS“ für die Bemühungen und bat, „diesen Dingen auch weiterhin Ihre Beachtung zu schenken“.

Zu Jahresbeginn 1943 korrespondierte und telephonierte Himmler gar selber mit dem hilfreichen Reichsbahner: „Ich brauche Ihre Hilfe und Ihre Unterstützung“, bat der Reichsführer — und machte spätestens damals Ganzenmüller klar, was er wohin beförderte. Es gehe um den „Abtransport der ganzen Bandenhelfer und Bandenverdächtigen“, schrieb Himmler unter dem 28. Januar 1943, und „dazu gehört auch in erster Linie der Abtransport der Juden“.

Jedoch, trotz Reichsführer und Blutorden: Er habe, so beteuerte Ganzenmüller noch immer, vom Judenmord so recht nichts gewußt. Gewiß — die Nürnberger Rassengesetze habe er wohl gekannt, aber deren Bedeutung sei ihm nie klageworden. Bei seinen



Angeklagter Ganzenmüller, NS-Judentransport: Wie Stückgut in den Tod

und „Aussiedlerzüge“ oder die „Sonderzüge zur Beförderung jüdischer Arbeitskräfte“. Und ihr abgekürztes Mitwissen bedeutete den Beamten kaum mehr als weniger Worte im Dienstpapier.

Für Tausende von Männern, Frauen und Kindern aber hieß es: verhungern oder verdursten auf der Strecke. Und für Hunderttausende: Vergasung in Vernichtungslagern wie Treblinka, Sobibor und Belzec.

Während die Rassenideologen der NS-Zeit sich historisch gerichtet haben und viele ihrer Vollstrecker gerichtlich verurteilt worden sind, kamen ungezählte Mittelsmänner des organisierten Verbrechens in der zweiten Republik so unbehelligt durch wie zuvor im Dritten Reich — zum Beispiel die Transport-Wegbereiter.

Nun aber steht — vom Dienstag kommender Woche an — ein hoher Kärner für Todgeweihte dreißig Jahre

de“, und mithin „wissentlich Hilfe geleistet“.

Natürlich: Der NS-Staatssekretär will nicht gewußt haben, wohin damals die Reisen letztlich gingen, was „Da“ oder „Pj“ am Ende bedeutete.

Und zweimal gelang es ihm tatsächlich, die Justiz von seiner Ahnungslosigkeit zu überzeugen. Im März 1959 setzte ein Dortmunder Gericht ihn außer Verfolgung. Im Dezember 1970 lehnte das Düsseldorfer Landgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ab — denn die Beweise reichten nicht aus, so das Gericht, „um die Überzeugung zu begründen, daß der Angeschuldigte es für möglich gehalten hat, daß die Juden planmäßig vernichtet wurden“.

Erst das Düsseldorfer Oberlandesgericht ordnete ein halbes Jahr später die Abwicklung des Verfahrens an, weil jedenfalls hinreichender Verdacht besteht, „daß der Angeschuldigte Kenntnis

Dienstreisen schließlich habe er keinen Judentransport gesehen. Und daß Menschen getötet wurden, obwohl doch Arbeitskräfte gefehlt hätten — das sei ihm nun ganz unmöglich erschienen.

Auch der Brief des Obergruppenführers Wolff, sagt der Reichsbürokrat, sei offenbar an ihm vorbeigelaufen. Der Inhalt seines Briefs an Wolff sei ihm nicht ins Bewußtsein gedrungen, deswegen habe er auch nicht über das Schicksal der Juden nachgedacht.

Eine Zeugin, einst in Ganzenmüllers Vorzimmer beschäftigt, erinnert sich besser. Auf die Frage, was mit den abtransportierten Juden geschehe, habe der Chef zwar „keine klare Antwort“ gegeben, aber geäußert: „Was macht man mit den Leuten in Lagern wie Auschwitz, wie will man sie ernähren und kleiden.“

Mehr wollte sich der NS-Staatsdiener damals offenbar nicht erlauben, um seines Postens willen. Und heute kann er, des erhofften Freispruchs wegen, nicht einmal jenen Skrupel zugeben. Denn wenn er doch nachgedacht hat, dann „besteht angesichts seiner Stellung, seiner Intelligenz und des Standes seiner Information“, so das Düsseldorfer Oberlandesgericht, „hinreichend Grund für die Annahme, daß er zu richtigen Erkenntnissen gelangt war“. Das aber hieße juristisch, Ganzenmüller hätte die Tötung von Hunderttausenden „billigend in Kauf genommen“.

Oder anders: Vorsatz und Verurteilung.

GEWERKSCHAFTEN

Falsche Katze

In der nächsten Woche wählen die Bediensteten von Bund, Bahn und Post ihre Personalvertretungen. Die Gewerkschaften wollen, falls sie gewinnen, verstärkt auf eine Entrümpelung des Staatsdienstes drängen.

Beamte als Schleimscheißer und Arschkriecher unflätig zu beschimpfen gehöre auch zu den typischen Verhaltensweisen, beklagte sich die Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten (GDBA) beim Gesetzgeber über die Konkurrenz: über die dem DGB angeschlossene Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED).

Die beiden Organisationen, der feine Beamtenverein, der das Staatsdiener-Selbstverständnis des 19. Jahrhunderts in die Neuzeit herüberretten möchte, und die DGB-Gewerkschaft, die alle strikten Klassenschranken zwischen den Arbeitnehmern in den Behörden einebnen will, stehen im Wahlkampf.

Mitte nächster Woche müssen die Bediensteten des staatlichen Fuhrunternehmens ihre Personalräte wählen, die etwa die Funktion von Betriebsräten



Eisenbahn-Gewerkschafter Seibert
„Die wichtigste Wahl, die es je gab“

ausüben. Gemeinsam mit den Bundesbahnern geht ein Drittel der 3,2 Millionen Staatsdiener bei Post und Bundesbank, bei allen Ministerien und nachgeordneten Behörden an die Urne.

Wie um die Eisenbahner werben dabei auch um Bundesbankler, Lotsen, Posthalter und Steuerinspektoren verfeindete Verbände, die meist auch noch in zahllose ständisch oder konfessionell gegliederte Unterbünde zerfallen.

So gibt es eigene Vereine für Akademiker der verschiedensten Fachrichtung, für obere Beamte, und auch Lokführer zahlen nach Standes-, Klassen- oder christlichem Bewußtsein Mitgliedsbeiträge an drei nebeneinander werkende Gewerkschaften.

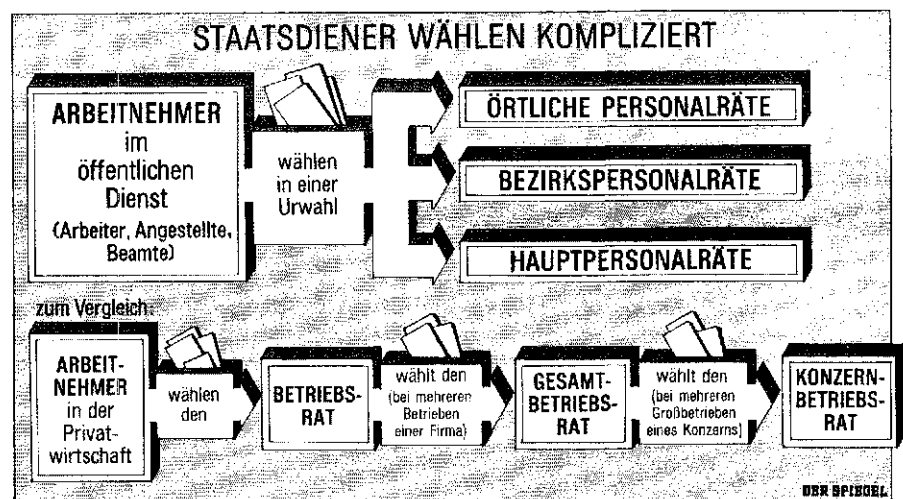
Viele Mini-Gruppen haben sich, um vom Großarbeitgeber Staat gehört zu

- ▷ 1,8 Millionen in den DGB-Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Post, Eisenbahn, Kunst, Erziehung, Forstwirtschaft und Bergbau;
- ▷ 706 000 (einschließlich Witwen und Waisen) in 44 Einzelgruppen des Beamtenbundes und
- ▷ 144 000 in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG).

Über die tatsächlichen Gewichtsverhältnisse der Verbände müssen die Staatsdiener jetzt in einem komplizierten Wahlverfahren entscheiden. Anders als in der Privatwirtschaft wählt etwa ein Bundesbank-Angestellter in Elmsborn nicht nur die örtliche Personalvertretung, sondern auch die der Landes- und Bundeszentrale direkt (siehe Graphik).

Da die Arbeitnehmer der Bundesverwaltungen meist nur im unteren Betriebsbereich ihre Kandidaten kennen, wählen sie bei den nächsten zwei Instanzen die Liste eines Verbandes und entscheiden so über gesellschaftspolitische Programme.

Das Votum in der nächsten Woche sei, so meint Philipp Seibert, Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft, „die wichtigste Personalwahl, die es je gab“. Da die Novellierung zum Bundespersonalvertretungsgesetz, die für die Quasi-Betriebsräte mehr Mitsprache vorsieht, noch in diesem Sommer im Parlament beschlossen werden soll, werden die jetzt gewählten Vertreter der Staatsapparat-Schaffenden in den nächsten drei Jahren die Daten setzen können, ob die Möglichkeiten des Gesetzes zur Abschaffung oder zur Erhaltung des Muffs und des herkömmlichen Status der Beamten genutzt werden.



werden, dem an Auszehrung leidenden Beamtenbund angeschlossen (Mitglieder-Verlust in drei Jahren: 12 338 Beitragszahler). Von den rund 3,2 Millionen Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind derzeit etwa 2,6 Millionen organisiert, davon

Die Fronten sind klar abgesteckt. Der Beamtenbund will die Sonderstellung der Staatsdiener gegenüber allen Arbeitnehmern erhalten. Gegen die Konkurrenz agitierten Beamtenbund-Funktionäre im Personalrats-Wahlkampf mit der Parole: „Wählst Du die